

QUARTALSBERICHT

Projektland: Ukraine

Quartal/Jahr: I/2011

Ukraine. Ein Jahr vor der Wahl

Das erste Quartal des Jahres verlief im Zeichen wachsender Spannungen innerhalb der regierenden Koalition. Unerfüllte Wahlversprechen vor allem im sozialen und humanitären Bereich ließen einige Koalitionspartner im Vorfeld der Parlamentswahl im kommenden Jahr um ihre Wählerschaft bangen. Und während der Parlamentspräsident und Chef des gleichnamigen Blocks Volodymyr Lytwyn mit wiederholter Neuaufnahme der Untersuchungen in der Gongadse-Affäre – dem Fall des im Jahr 2000 entführten und ermordeten Journalisten, in das er als damaliger Chef des Präsidialamtes des Staatspräsidenten Leonid Kutschma verwickelt gewesen sein soll, – in Schach gehalten werden konnte und still blieb, ließen die Kommunisten ihrem Unmut freien Lauf.

Auf dem Parteitag im Februar geißelte der Kommunistenchef Petro Symonenko das inkonsequente Vorgehen der politischen Führung des Landes, die Abkehr von der vereinbarten Marschrichtung, die Missachtung von grundlegenden Prinzipien des Koalitionsvertrages.

Zu schaffen machte den Kommunisten die Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds, die Abkehr von der Idee der Stärkung des Parlamentarismus, die Nachgiebigkeit gegenüber Nationalisten im Kultur-, Informations- und Bildungsbereich.

Das Abdriften der Koalitionspartner von dem während der Präsidentschaftswahl angesagten Kurs wird nach Symonenkos Ansicht weiter anhalten, was einen Schatten auch auf die Kommunistische Partei als Koalitionsmitglied werfen wird. Doch für einen Austritt aus der Koalition sei es noch zu früh. Vielmehr sei die Entwicklung ein Anlass „die Arbeit aller Parteistrukturen zu intensivieren und die Volksmassen zum Kampf für eine Änderung des Politischen Systems im Lande zu mobilisieren“. Soviel zu der Stimmung innerhalb der Koalition, die eine Stütze für die Regierung von Nikolaj Asarow und den Staatspräsidenten Viktor Janukowitsch sein soll.

Die Ausführungen des Kommunistenführers könnte man als rein ideologischen Unsinn abtun, wenn es nicht noch andere besorgniserregende Anzeichen gäbe.

Nach jüngsten Umfragen sank das Ansehen der Regionenpartei des Staatspräsidenten Viktor Janukowitsch – der tragenden Säule der regierenden Koalition - auf 13,9%, was eine Einbuße von 28,9% gegenüber April 2010 bedeutet. Den Block von Julija Timoschenko, der ärgsten Gegnerin des Staatsoberhaupt, der derzeit wegen Veruntreuung und Amtsmissbrauchs in ihrer Zeit als Ministerpräsidentin Prozess gemacht wird, würden 10,6% der Wähler unterstützen. Sollte die „Dame in Weiß“, wie sie im Volksmund wegen ihrer bevorzugten Wahlkampfkleidungsfarben und weißer Parteisymbolik heißt, auch tatsächlich eingesperrt werden, würde ihr das nach Expertenschätzungen bei der nächsten Wahl zusätzlich mindestens 4% der Wählerstimmen bringen.

7,1% bekäme die „Änderungsfront“ des ehemaligen Parlamentspräsidenten und Ex-Präsidentschaftskandidaten Arsenij Jazenjuk, 3,2% - die kommunistische Partei und 3,1% die Partei „Schlag“ des Boxers Vitalij Klitschko.

Vom ehemals berühmtesten Stehaufmännchen der ukrainischen Politik – dem Vizepremierminister Sergej Tigipko, einem Senkrechtstarter und der Nummer drei bei der letzten Präsidentschaftswahl, sind die Wähler enttäuscht. Seine Partei „Starke Ukraine“ würde es mit ihren 2,8% nicht mal über die 3%-Hürde schaffen. Bei 2,7% und damit auch unter der 3%-Hürde bleibt es laut Umfrage auch für den Führer der extrem nationalistischen „Freiheitspartei“ Oleg Tjagnybock. Der ehemalige Verteidigungsminister und ebenfalls Präsidentschaftskandidat von 2010 Anatolij Gryzenko mit seiner „Bürgerlichen Position“ dümpelt seit Jahren schon im einprozentigen Bereich.

Bei der nächsten Präsidentschaftswahl würden sich für den heutigen Staatschef lediglich 16,7% der Ukrainer entscheiden. 13,3% - für Julija Timoschenko.

Das Vertrauensniveau der Bürger zu den ukrainischen Politikern veränderte sich innerhalb der ersten drei Monate des Jahres sichtlich zu deren Nachteil. Laut Umfrage des soziologischen Dienstes des Rasumkow-Zentrums für politische und wirtschaftliche Studien vertrauten dem Staatspräsidenten Janukowitsch im Februar dieses Jahres noch 17,4% der Ukrainer. Im April waren es nur noch 10,6%. Die Arbeit des Premierministers Nikolaj Asarow billigen derzeit nur noch 5,2% der Staatsbürger. Der Parlamentsvorsitzende Volodymyr Lytwyn genießt das Vertrauen von nur 3,6% der Ukrainer. Dabei stehen die meisten der in Angriff genommenen unpopulären Reformen erst an.

63,4% der Bürger glauben, dass die Gesamtentwicklung in der Ukraine in falsche Richtung geht. 49% der vom Institut für internationale Bildung der Lemberger Nationalen Universität befragten unter Dreißigjährigen wollen die Ukraine für immer verlassen. In den kommenden Jahren wird die Zahl der Ausreisewilligen nach Expertenmeinung steigen. Schon jetzt leben im Ausland ca. 6,6 Millionen Ukrainer – fast 15% der Bevölkerung des Landes. Als Hauptursache für die Ausreise wird Armut genannt. Allein in den letzten zwölf Monaten sind die Lebenshaltungskosten um mehr als 30% gestiegen, ohne dass die Gehälter mitgezogen hätten.

Laut Rasumkow-Zentrum haben die Ukrainer ihr Vertrauen zu allen Politikern verloren – sowohl von der regierenden Koalition als auch von der Opposition. Laut Umfrage der Research & Branding Group meinen 72% der Ukrainer, dass die Opposition keinerlei Einfluss auf die Entwicklung im Land hat.

Nach wie vor ist das Land in seinen Integrationsbestrebungen geteilt. 47% der Bürger waren zum Zeitpunkt der Befragung im April des laufenden Jahres für die Gründung eines gemeinsamen Staates mit Russland und Weißrussland. Im Vorjahr waren es 44%. Dagegen waren 51% für den Beitritt zur Europäischen Union – 6% weniger als im September 2010.

Nach Angaben von Freedom House frisst die Korruption den ukrainischen Staat unvermindert weiter auf. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Prognosen sind eher düster.

Mit der Erhöhung des Rentenalters, der Kürzung von Sozialausgaben, wachsender Inflation, steigenden Gaspreisen und Kommunaltarifen, Rückgängen in der Industrie- und Landwirtschaftsproduktion, sich anbahnender neuer Bankenkrise, ausbleibender Reform der maroden Wohnliegenschaftsverwaltung etc. wird das Spiel richtig spannend.

Wer 2012 die Parlamentswahl gewinnen will, muss sich etwas einfallen lassen.

Sergej Sagorny

Der Autor ist Projektleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Kiew, Ukraine

IMPRESSUM

Erstellt: 05.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de